

28. März 2006, Neue Zürcher Zeitung

Die Uno-Menschenrechts-kommission aufgelöst

Würdigung durch Louise Arbour

Die Menschenrechtskommission der Uno hat am Montag ihre Tätigkeit eingestellt. Die Hochkommissarin für Menschenrechte, Louise Arbour, würdigte die Leistungen der Kommission.

mri. Genf, 27. März

Die Uno-Menschenrechtskommission hat am Montag in Genf ihre Arbeit beendet und sich aufgelöst. Alle Mandate wurden dem neuen Menschenrechtsrat übertragen. Dieser soll die Kommission, die vor 60 Jahren gegründet worden war, vom 19. Juni an ersetzen. Mit der Übertragung der Mandate werde vermieden, dass Opfer von Menschenrechtsverletzungen keinen Schutz genössen, sagte der Vorsitzende der Kommission, Manuel Rodríguez Cuadros.

«Eine stille Revolution»

Die Menschenrechtskommission war in Verruf geraten, weil einige ihrer Mitglieder, darunter der Sudan und Simbabwe, selber schwere Menschenrechtsverletzungen begangen hatten. Mehrere Länder unternahmen alles, um zu verhindern, dass sie als Mitglieder der Kommission selber verurteilt wurden. China beispielsweise gelang es während Jahren, mittels Nichteintretensanträgen zu verhindern, dass seine Menschenrechtsverletzungen von der Kommission kritisiert wurden.

Die Uno mache in Sachen Menschenrechte eine stille - oder auch nicht so stille - Revolution durch, sagte die Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte, Louise Arbour. Sie nannte den Entscheid der Uno-Generalversammlung vom 15. März, den Menschenrechtsrat zu schaffen, historisch. Ob der Rat sich auf den Schutz der Menschenrechte positiv auswirke, müsse sich erst noch erweisen. Dieser Schutz könne nur in einem offenen und kooperativen Umfeld gedeihen. Arbour würdigte die Leistung der Kommission, die kurz nach dem Zweiten Weltkrieg am 16. Februar 1946 gegründet worden war. Dazu zähle vor allem die Erarbeitung der Menschenrechtserklärung, die am 10. Dezember 1948 von der Uno-Generalversammlung verabschiedet worden sei. Die Menschenrechtskommission habe ausserdem unabhängige Experten und Sonderberichterstatter eingesetzt. Diese hätten den Opfern von Menschenrechtsverstössen eine Stimme verliehen und Regierungen die Zusammenarbeit bei der Überwindung von Missständen angeboten.

Zu den Errungenschaften der Kommission zählte Arbour ferner die Resolutionen über die Menschenrechtsslage in einzelnen Ländern, die in den vergangenen Jahren zu intensiven und zum Teil «giftigen» Debatten geführt hätten. Sie schuf weitere Möglichkeiten zu Klagen vor einem Uno-Gremium. So konnten Einzelpersonen oder Nichtregierungsorganisationen an die Kommission gelangen, um diese auf schwere Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen. Pro Jahr wurden durchschnittlich 20 000 solcher Klagen behandelt.

Zehnwöchige Sitzung

Am 9. Mai werden die 47 Mitglieder des Uno-Menschenrechtsrats gewählt, und am 19. Juni wird dieser seine Arbeit in Genf aufnehmen. Der Rat soll wirksamer sein als die Kommission. Er wird pro Jahr mindestens zehn Wochen lang tagen; die Kommission trat jeweils nur für sechs Wochen zusammen. Die Mitglieder des Rates werden von der Uno-Generalversammlung in einer geheimen Abstimmung mit einfachem Mehr gewählt und können mit einer Zweidrittelmehrheit auch abgewählt

werden. Weiter soll künftig die Menschenrechtslage aller Staaten geprüft werden.

Die Schweiz will für einen Sitz im neuen Menschenrechtsrat kandidieren. Sie hat die Schaffung des Gremiums in Genf von Anfang an unterstützt. Die westliche Ländergruppe wird über 7 der 47 Sitze im Rat verfügen.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter: <http://www.nzz.ch/2006/03/28/al/articleDPEFU.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG